

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionelle
Tageblatt Riesa.
Bärenz. Nr. 20.
Vorjahr Nr. 52.

Redaktionelle
Dresden 1880.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen bestimmt Blatt.

M 38.

Dienstag, 14. Februar 1928, abends.

81. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Für den Fall des Winters aus Praktiken zu berücksichtigen, die im Sommer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags einzugehen und im Voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Ertheilen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Gründchitsche (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubende und tabellarische Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife für gewilligter Rabatt erlässt, wenn der Betrag verfüllt, durch Menge eingespart werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtlängste Lieferungsbefreiung. „Gründcher an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger eingehender Störungen des Betriebes der Deutschen Reichsbahn, der Eisenbahnen oder der Beförderungsunternehmen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationssatz und Verlag: Bäuerle & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Max Heinecke 58

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Am Scheideweg.

Die letzten Tage haben die bekannten Gegenseite zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum derart kritisch angezeigt, daß eine Entscheidung in diesem Wirkraum der Meinungen sich kaum länger hinauszögern läßt. Die Frage des Reichschulgesetzes dürfte inzwischen insofern gelöst sein, als eine Einigung in dem strittigen Punkt der Simultanabschlüsse nicht mehr zu erwarten ist. Das beläuft, daß der vorliegende Schulgesetzentwurf des Reichskabinettministers in seiner durch die Abschlußberatungen abgedeckten Form, in die Urkunde des Innenministeriums und den Reichstag verhindern würde, um vielleicht später einmal eine mehr oder weniger freudige Auseinandersetzung zu erleben. Somit liegt der Kernpunkt der augenblicklichen Koalitionstreite nicht mehr in dem Streit um die Gestaltung des Reichschulgesetzes, sondern lediglich in der Frage, ob das Zentrum so wirklich dazu entschlossen wird, aus dem Scheitern des Schulgesetzes die angebrochenen „politischen Konsequenzen“ zu ziehen. Gezustellte ist, daß im Zentrum die Reaktion, den letzten entscheidenden Schritt zu vollziehen, immer mehr sich durchzusetzen versucht. Auch in den Reihen der Deutschen Nationalen sprechen sich gewichtige Stimmen für die Notwendigkeit und die Unverzichtbarkeit einer sofortigen Reichschulauflösung aus. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei läßt sich dahin präzisieren, daß sie auf Grund der Forderungen des Zentrums des vorliegenden Schulgesetzentwurfs zwar als gescheitert ansieht, nichtsdestoweniger aber entschlossen ist, die Anregungen in dem bekannten Appell Hindenburgs an die Koalitionsparteien sich zuziehen zu machen. Die Deutsche Volkspartei würde sich also damit einverstanden erklären, wenn das Schulgesetz jetzt ad acta gelegt werden sollte, die Koalition solange gewahrt bliebe, bis der Staat erledigt und die anderen vordringlichen Aufgaben des Parlaments ihre Lösung gefunden haben. Diese Haltung der Deutschen Volkspartei deckt sich also vollauflich mit dem Programm Hindenburgs, das unter allen Umständen den sofortigen Bruch einer Krise und rein sachlichen Erwägungen vermeiden will.

Die Bereitschaft des Zentrums ist durchaus verständlich. Sieht es sich doch um den eigentlichen Preis seines Eintritts in die gegenwärtige Koalition gebracht. Kein parteipolitisch betrachtet, hat die Zentrumspolitik, die im gleichen Augenblick eines Scheiterns der Schulgezausprache auch die Gegenstandslosigkeit der augenblicklichen Koalition als erwiesen ansieht, recht vieles für sich. Unseres Erachtens aber muß auch eine Parteipolitik in dem Augenblick gegenstandslos werden, wo andere entschieden über diese parteipolitischen Zielen hinweggehend tatsächlich, die Interessen großer Schichten des deutschen Volkes berührende Argumente dies notwendig machen. In dem Brief Hindenburgs an die Parteien wird es als eine schwere Schädigung sozialer Interessen des deutschen Volkes bezeichnet, wenn gerade jetzt, nur wegen der Schulgesetzfrage, der Reichstag aufgelöst würde. Hunderttausende von gefährdeten Existenzierenden warten sehnsüchtig auf das Zustandekommen des Liquidationschuldengelebtes. Hunderttausende von deutschen Landwirten richten ihre leichten Hoffnungen auf die Tatkraft des Reichstages, der ihnen die unumgänglich notwendigen Hilfemaßnahmen bietet soll. Es wird wohl kaum abzuweichen sein, daß der Ausbruch einer Regierungskrise in diesem Augenblick, damit die sofortige Auflösung des Reichstages, diese wichtigen bitter notwendigen gesetzgeberischen Arbeiten bis zu einem Zeitpunkt verzögert, wo eine Hilfe für viele der von Not und Elend Betroffenen zu spät kommt. Allein aus diesen Erwägungen schon müßte man in allen Kreisen der heutigen Regierungskoalition zu der Erkenntnis kommen, daß der Appell Hindenburgs nicht so von ungefähr kommt, sondern ist lediglich auf Tatsachen und Voraussetzungen basiert, gegen die wohl kaum triftige Gegenstände ausfindig gemacht werden können. Von Seiten der Deutschen Nationalen, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei wird vielleicht der Einwand gestellt gemacht werden, daß eine sachliche parlamentarische Erledigung der alten vordringlich besetzten Aufgaben unter den augenblicklichen Umständen stark unter dem Druck der Wahlpolitik und Agitation stehen würde, was nach Ansicht dieser Parteien eine gläubige Lösung der geteilten Aufgaben stark beeinträchtigen müßte. Hiergegen ist festzustellen, daß im Falle einer sofortigen Auflösung des Reichstages die Neuwahlen unter der Parole der Schuldfrage im Schulgesetz stehen würden, was die Auflösung eines Kulturrückens bedeutet würde, eine Erhöhung, die man dem deutschen Volke unter allen Umständen ersparen muß. Auch die Frage einer Erneuerung der Koalition erscheint uns aus sachlichen, besonders auch außenpolitischen Gründen, als kaum wert einer Prüfung. In diesem Für und Wider des Meinungsstreites um die Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten tritt nun auch der Vorschlag auf, daß derzeitige Kabinett durch ein neues sogenanntes Geschäftskabinett ersetzt werden. Die Vertrauensfrage für dieses nur aus Kommissaren sich zusammensetzen Kabinett soll derartig gelöst werden, daß die lebigen Regierungsparteien im Plenum ihr Votum für dieses Geschäftskabinett abgeben. Eine solche Lösung dirigiert aber die Voraussetzung in sich, daß ein solches Geschäftskabinett bis zum Ende der natürlichen Legislaturperiode des Reichstages am Ruder bleibt, da, wenn nicht am 25. März gewählt wird, die Feststellung der Neuwahlen erst für den Herbst erfolgen kann. Im April können Wahlen schon deshalb nicht stattfinden, da der 1. April als Pfingstmontag, der 8. April als Ostermontag und auch der 15. April als Wahltag ausfallen müßten. Ende April beginnen die großen Auseinandersetzungen über die Erneuerung der Tarifverträge. Was beläuft, daß auch diese Wochen für die Feststellung des Wahltages nicht in Frage kommen. Daß in den Sommermonaten aus verschiedenen Gründen eine Wahl nicht stattfinden kann, versteht sich von selbst. Aus diesem Wenigen er sieht man, welche großen Schwierigkeiten im

800000 Arbeiter vor der Ausperrung.

Berlin. Wie gemeldet, hat der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller beschlossen, auf Unterstützung der seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen mitteldeutschen Metallindustrie die Ausperrung in der deutschen Metallindustrie am 22. Februar mit Arbeitsstopp vorgeschrieben. Von dem Ausperrungsbefehl werden in ganz Deutschland über 800 000 Arbeitnehmer betroffen werden, in Berlin allein weit über 200 000. Die Kampfmaßnahmen gelten für alle Eisen-, Metall-, Elektrotechnische und Maschinenfabriken. Für die Berliner Wirtschaft gewinnt die Ausperrung die allergrößte Bedeutung, denn hier werden alle Betriebe der AGW, des Siemens-Konzerns, der Knorr-Bremse, von Ludwig Boewe, von Hoch, von Schwartzkopff usw. stillgelegt werden.

Das Reichsarbeitsministerium beurteilt den Ausperrungskonflikt ruhig.

* **Berlin.** (Tel.) Im Reichsarbeitsministerium ist gestern über die durch die Ausperrungsdrohung der Metallindustrie geschaffene Lage beraten worden. Der Reichsarbeitsminister äußerte sein Bedauern über diesen Beschluß der Industrie. Er will sich jedoch fürs erste darauf befranken, den Verlauf der Angelegenheit zu verfolgen. Das Reichsarbeitsministerium beurteilt man die Lage ruhig. Man rechnet nicht damit, daß es an der Ausführung des Beschlusses kommen wird. Verhandlungen der Parteien haben noch nicht stattgefunden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zur Lage.

* **Berlin.** Im Reichstage sprach gestern Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zur Lage. Schon heute könne

er erklären, daß er das Vorgehen der Metallindustriellen für außerordentlich bedenklich halte. Es sei nicht richtig, daß die Verbindlichkeitserklärung in dieser Frage nicht ausgesprochen sei, weil schon ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten war. Solche Erwagungen wären natürlich bei der Entscheidung auch mit, seien aber nicht entscheidend. Es sei in wiederholten Fällen trotz Streik zu Verbindlichkeitserklärungen gekommen worden. Gegenüber der Behauptung, daß die Verbindlichkeitserklärungen dauernd im Nachhinein seien, heißt der Minister, daß ihre Zahl im Jahre 1924 188, 1925 88, 1926 55 und 1927 84 betrug. Die Tatsache, daß ein großer Teil der Verbindlichkeitserklärungen von Arbeitgebern beantragt werde, beweise, daß die Verbindlichkeitserklärungen sich durchaus nicht auf angesehenen Arbeitnehmern auswirken. Der Minister betont, daß er gleiche Grundsätze nach beiden Seiten anwendet und im Abreigen der Wirtschaftslage Rechnung trage. Er spricht die Hoffnung aus, daß wir aus der Übergangsperiode, die die Verbindlichkeitserklärungen notwendig gemacht hätte, möglichst bald herauskommen.

heute Sitzung der Gauleitungen.

* **Berlin.** (Tel.) Wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, hat der Deutsche Metallarbeiterverband in Stuttgart seine sämtlichen Gauleitungen, vor allem die Führer der Berliner Metallindustrie, telegraphisch nach Stuttgart berufen, wo heute Dienstag eine Sitzung stattfinden soll, in der man zu der angebrochenen Ausperrung Stellung nehmen wird. Der Deutsche Metallarbeiterverband will heute zunächst die juristische Seite der geplanten Maßnahmen besprechen.

Die politische Lage noch nicht gellärt, aber sehr ernst.

Die Interfraktionellen Besprechungen.

WDA, Berlin. Die gestrigen Interfraktionellen Besprechungen im Reichstag über die mit dem Reichsgefecht zusammenhängenden Fragen begannen um vier Uhr und dauerten bis kurz vor sechs Uhr. Von der Reichsregierung nahmen daran teil der Bündanzler Hergt, der Reichskabinettminister Dr. v. Neudell, sowie der Staatssekretär der Reichsfinanz Dr. Bünker. Die Beratungen erhielten sich auf den gesamten Umfang der strittigen Fragen und konnten daher noch nicht zu Ende geführt werden. Sie wurden, wie das Nachrichtenbüro des B. D. B. hört, am Dienstag vormittag um zehn Uhr wieder aufgenommen.

Der Ausgang der gestrigen Interfraktionellen Besprechungen wird, wie das Nachrichtenbüro des B. D. B. hört, in unterschiedenen parlamentarischen Kreisen dadurch bewertet, daß die Entscheidung zunächst erneut auf die nächsten Tage verschoben werden soll. Die gestrige Besprechung erstreckte sich nur auf rein schwelgeleiche Fragen, ohne die politische Seite des parlamentarischen Votums, soweit sie sich auf die Koalitionsvereinbarung bezieht, zu berühren. Über den weiteren Verlauf verlautet, daß die Parteien vereinbart haben, daß sie ihre Forderungen zu den verschiedenen Paragraphen des Schulgesetzes, bei denen sie nicht zufrieden gestellt sind, austauschen, damit die Forderungen dann gegeneinander abgewogen werden können.

* **Berlin.** (Hansspruch) Völkisch um 10 Uhr begannen heute im Reichstag die bereits gestern angekündigten Interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien in Begleitung des Reichskabinettministers von Neudell, über den Schulgesetzkonsolidierung und das Schiedsgericht der Regierung und Reichstag. Man erwartet, wie das Nachrichtenbüro des B. D. B. hört, daß die Beratungen längere Zeit in Anspruch nehmen würden.

Berlin. (Hansspruch) Der Interfraktionelle Zusammenschluß, der sich auch heute vormittag nicht mit den großen allgemeinen politischen Fragen, sondern lediglich mit dem Schulgesetz

beschäftigte, konnte seine Beratungen noch nicht beenden und wird am Nachmittag wieder zusammentreten.

Wie das Nachrichtenbüro weiter hört, wird sich der Aufschluß heute nachmittag jedoch mit anderen Themen, u. a. mit der Landwirtschaftlichen Politik beschäftigen.

Die Beratungen über das Schulgesetz sollen erst am Mittwoch vormittag 10 Uhr fortgesetzt werden. Für nachmittags um 4 Uhr ist eine Kabinettssitzung vorgesehen, und auch die Fraktionen sollen nochmals unter sich beraten. An den heutigen Beratungen nahmen wieder die Minister Hergt und von Neudell teil. Neben ein Ergebnis läßt sich noch nicht berichten, da die Einzelheiten nach wie vor streng vertraulich behandelt werden.

In der heutigen Sitzung handelte es sich darum, die Forderungen der einzelnen Parteien scharf einander gegenüberzustellen, um festzustellen, was als annehmbar und was als unannehmbar für die gegenteiligen Aussprüchen erscheint. Dabei wird nicht nur um die §§ 9, 10 und 20, die die Hauptverschuldensfälle bilden, verhandelt, sondern das ganze Gesetz wird noch einmal durchgesprochen.

Die Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes sind auch heute noch sehr zweifelhaft geblieben; die Lage ist noch nicht geklärt, aber auf jeden Fall sehr ernst.

Im Weltsterrrat des Reichstags

einigte man sich heute darauf, daß in dieser Woche die zweite Sitzung des Haushalt des Reichsarbeitsministeriums und die des Personalausstausch beendet werden soll. Nach Abschluß dieser Arbeit sollen nacheinander die Haushalte des Verkehrsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichernährungsministeriums in Angriff genommen werden. Von 18. bis 25. d. M. sollen die Plenarsitzungen ausfallen.

Der Antrag Dr. Mumme (Dnat.) wegen der Presseberichterstattung über Sensationsprozeß soll noch aufgeklärt werden. Er wird vorzugsweise in Verbindung mit der 2. Sitzung des Haushalt des Reichsministeriums des Innern zur Beratung kommen.

Hortwirtschaft, dem Winter über gearbeitet haben, entziehen sich jetzt auf Grund des Bedarfes der Bedürftigkeitsprüfung und wegen der höheren Versicherungsleistungen derartigen Arbeiten. Außerdem bringt der letzte Winter die Gefahr in sich, daß auch die bodenständigen Arbeitskräfte veranlaßt werden, einer händigen und damit geringer bezahlten Arbeit aus dem Weg zu gehen und durch Übernahme von verhältnismäßig hoch entlohter Saisonarbeit in eine möglicherweise hohe Unterhaltungskasse zu kommen, um dann möglichst großen Vorteil von der Arbeitslosenversicherung zu ziehen. Sind diese Missstände und Gefahren der Reichsregierung bekannt? Welche Maßnahmen gedenkt sie im Einvernehmen mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anstreben, um die den Arbeitswillen lähmenden Missstände zu beseitigen und um die Arbeitsbeschaffung, als wichtigste Maßnahme in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wieder in den Vordergrund zu rücken?

Gebühren der Arbeitslosenversicherung für die Landwirtschaft.

WDA, Berlin. Die Regierungsparteien haben im Reichstag folgende Interpellation eingefordert:

* Die Durchführung des neuen Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat auf dem platten Lande Folgen gezeitigt, die den ländlichen Arbeitsmarkt höchst ungünstig beeinflussen. Arbeitskräfte, die früher alljährlich in der Landwirtschaft, vor allem in der